

Wochenblatt zu den

Dokumenten des Fortschritts

Akademische Buchhandlung von
Max Drechsel, in Bern
Erlachstrasse 23

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Jährlich 52 (Nummern deutsche & französische Ausgabe) für Fr. 4 ijd Schweiz; Mark 5 in Deutschland; Fr. 6 in den anderen Ländern.
Mit der internationalen Revue «Dokumente des Fortschritts» (8 Jahrg.): fr. 10 ijd Schweiz; Mark 10 in Deutschland; fr. 12 in den anderen Ländern.
Einzelnummern der Menschheit: 10 Rappen (10 Pf.)

Schweizer Aktionskomitee des Bundes: Dr. Otfried NIPPOLD, alt Prof. d. Univ. Bern; Dr. Aug. FOREL, alt Prof. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, Vizepräsident des Gemeinderats von Lausanne; Prof. Dr. R. BRODA (Lausanne); O. VOLKART, Präs. d. Ordens f. Ethik & Kultur; Direktor TOBLER, Vorsitzender der Bernischen Ortsgruppe des Schweizerischen Monistenbundes; Hugo WASSERMANN, Lausanne; Fr. RUEDI alt Grossrat, Lausanne; Dr. F. UHLMANN, Zugerberg; WENGER, Mitgl. d. Zürcher Kantonalrats; E. PEYTREQUIN, Herausgeber d. «Libre Pensée intern.»; H. Hodler, Präs. d. Esperantoverbandes, Genf, u.a.m.
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts».

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FOERSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN Mitglied des deutschen Reichstags, Berlin; Dr. Carl Grünberg, Prof. a/d. Univ. Wien; Dr. MASARYK, Prof. a/d. Univ. Prag; CASTBERG, Staatsminister, Kristiania; Jean LONGUET, Mitglied d. franz. Parlaments; Ramsay MACDONALD, Mitgl. d. engl. Parlaments; Dr. MAGALHAES LIMA, eh. Unterrichtsminister, Lissabon; Dr. von NOE, Prof. a/d. Univ. Chicago, u.a.m.
Alle Zuschriften für die Schriftleitung der «Menschheit» wolle man an Herrn Fr. Ruedi, Mitglied des Aktionskomitees, Lausanne, 3, Jumelles richten.

«Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.»

Bund für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts.

Die nächste ordentliche *Generalversammlung* unseres Vereines wird Sonntag den 3. Oktober um 10 Uhr morgens, im Hôtel Bristol zu Bern zusammentreten.

Tagesordnung:

- 1) Beschlussfassung über Aenderung der Satzungen und Verlegung des Vereinssitzes in die Schweiz. (Eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden ist im Sinne des § 11 der Vereinssatzungen für die Giltigkeit dieses Beschlusses erforderlich.)
- 2) Rechenschaftsbericht des Präsidenten sowie des — von den autonomen (im Sinne des § 16 der Vereinsstatuten konstituierten) Schweizer Ortsgruppen am 29. Januar 1915 eingesetzten — Schweizer Aktionskomitees:
 - a) Ueber die Arbeiten des Vereines seit Kriegsbeginn;
 - b) Ueber ihre finanzielle Geschäftsgebarung.
- 3) Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Verein und den Zeitschriften, die als seine Organe, wie auch als die des Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen erscheinen.
- 4) Neuwahl des Vorstandes.
- 5) Sonstige eventuelle Anträge der zur Versammlung erschienenen Mitglieder.

Zu Beginn des Krieges bestand die Absicht, die wichtige Frage einer Verlegung des ordentlichen Vereinssitzes in die Schweiz und die Abänderung der — auf Grund des französischen Vereinsgesetzes vom Jahre 1901 verfassten, von der in Paris am 26. Dezember 1912 abgehaltenen Generalversammlung beschlossenen und bei den französischen Behörden hinterlegten — Satzungen erst einer nach Friedensschluss und Wiederherstellung der internationalen Verkehrsbeziehungen einzuberufenden Generalversammlung zu unterbreiten. Aber die lange Dauer des Krieges und die vielseitigen Gegensätze der Zeit lassen es unabweislich erscheinen, unserm Vereine schon jetzt seine neue, gesetzliche Form zu geben.

All unsere Mitglieder in der Schweiz, wie in den anderen Staaten, sind herzlich eingeladen, sich so zahlreich als möglich zur Generalversammlung einzufinden oder im Verhinderungsfalle (im Sinne des § 11 der Vereinssatzungen) einem Mitgliede, dessen persönliches Kommen möglich ist, Vollmacht für die Abstimmung zu erteilen.

Der Präsident: Dr. R. Broda.

Welches ist der beste Weg zum

Dauerfrieden der Zukunft?

Alle kriegführenden Völker verlangen nach künftigem Dauerfrieden und hoffen ihn durch die Zerschmetterung des Gegners zu gewinnen.

Diese Hoffnung hat ihnen Kräfte des Widerstandes und der Selbstverleugnung verliehen, grossartiger als man sie von unserer «verweichlichten» Generation hätte erwarten können.

Aber die harte Zeit geht ihren Gang. Die Entbehrungen des Winters sind auf die Sommerkämpfe gefolgt und dann wieder hat die dem Erwachen des Lebens in der Natur günstige Jahreszeit dem Werk des Todes einen neuen Ansporn gegeben. Das Ersterben der Natur, der neue Winterfeldzug, der heranahet, wird an weiteren Hunderttausenden tapferer Soldaten das Todesurteil vollstrecken. Soll das nun unbegrenzt weitergehen, bis endlich die ganze lebende Generation junger Europäer, alles was die führenden Völker an gesunden Männern, an Möglichkeiten künftiger Kraftentfaltung besitzen, tot oder verstümmelt ist? Gilt es, alles aufzuopfern für diesen Glaubenssatz: «Dass die Zerschmetterung des respektiven Gegners zweifellos sei und dass sie allein das Heil bedeute?»

Gilt es nicht vielmehr, auch dieser neuen Religion, die noch grausamer und gefährlicher ist als alle Dogmen der Vergangenheit, mit dem Rüstzeug der kritischen Vernunft gegenüberzutreten, nachzuforschen, ob es nicht vielleicht andere Methoden gibt, die zum Ziele des Dauerfriedens führen, ohne die Zerschmetterung des jeweiligen Gegners — die vielleicht erst recht zu künftigen Rachekriegen führen würde — zur Voraussetzung zu haben? ohne die Notwendigkeit, einem Phantom nachzujagen, das sich immer wieder in entferntere Zukunft verliert und die blutende Menschheit zum Selbstmord verlockt?

Hervorragende Völkerrechtslehrer glauben eine solche Möglichkeit zur Gewährleistung dauernden Friedens durch die Errichtung eines internationalen Rechtssystems gefunden zu haben. Dasselbe würde die einzelnen Staaten bei voller Wahrung ihrer Souveränität und wechselseitiger Gleichberechtigung zu einem Staatensystem zusammenschliessen und ihnen die gleiche Garantie für friedliche Arbeit und unbedingte Sicherheit geben, die ehemals der werdende moderne Staat seinen unter mittelalterlicher Anarchie und Raubritterstreichen leidenden Bürgern gegeben hat.

Internationale Konferenzen wie diejenigen, die sich im April im Haag und im Mai in Bern versammelten⁽¹⁾, haben die Forschungsergebnisse der Fachgelehrten in einigen Grundregeln zusammengestellt, die als Verhandlungsbasis der Mächte dienen könnten, sowie dieselben nur endlich sich zur Betätigung *guten Willens* für die Gestaltung ihrer eigenen Geschicke auf anderen Wegen als denen des Hochmuts und der Gewalt durchringen wollten.

Auf dass sich eine machtvolle Volksströmung zugunsten dieser neuen politischen Orientierung bilde, erschiene es uns von Wert, wenn Männer der Wissenschaft und des praktischen politischen Lebens aller neutralen und kriegführenden Nationen ihre positiven oder negativen Gesichtspunkte zur nachstehenden Frage, zum Ausdruck bringen wollten:

«Sind Sie für unbegrenzte Fortführung des Krieges, insoweit der Gegner nicht zerschmettert ist, oder würden Sie einen in wechselseitigem Einvernehmen zu schaffenden Frieden, der die *Machtmittel der Menschheit in den Dienst der zu begründenden, die Garantie von Rechtssicherheit und friedli-*

cher Kulturarbeit gewährenden völkerrechtlichen Institutionen stellen würde, für annehmbar halten?»

Wir wären all denen, an die wir diese Frage richten und ebenso allen Lesern der *Menschheit*, die einen nützlichen Beitrag zur Aufklärung des Problems liefern zu können glauben, dafür dankbar, wenn sie uns ihre Erwiderung zukommen liessen. Wir werden sie in den verschiedenen Organen unseres Verbands und vor allem in der *Menschheit* veröffentlichen.

Die Schriftleitung der «Menschheit».

Inwieweit die Frauenbewegung umlernen müsste

Von Herm. Fernau

Seit der Weltkrieg begonnen hat, ist viel vom «Umlernen» gesprochen und geschrieben worden. Je nach dem Standpunkt, den einer im politischen und moralischen Ideenkampf vertritt oder vertrat, denkt er sich dieses Umlernen anders.

Auch in Bezug auf die Frauenbewegung lassen sich verschiedene Thesen aufstellen. Wird sie morgen, wenn der Krieg ausgetobt hat, neue Bahnen einschlagen? Wird die vom Burgfrieden künstlich hergestellte Einigkeit der Geister erhalten bleiben oder werden die «bürgerlichen» wieder mit den sozialistischen Frauenrechtlerinnen über Wasserglasprobleme polemisieren? Werden die Frauen gar (wie viele Leute hoffen) einsehen gelernt haben, dass ihre Emanzipation eine «Gefahr» für die Mannbarkeit der Nation ist und werden sie folglich überhaupt auf ihre Sonderwünsche verzichten?

Heute schon kann man mit Sicherheit voraussagen, dass es auch nach dem Kriege eine Frauenbewegung geben und dass sie wie früher wieder ihre inneren Polemiken führen wird. Und doch wird der Weltkrieg etwas geändert haben. In einem Punkte wird es ein Umlernen geben und da dieser eine Punkt auf Jahrzehnte hinaus die gesamte europäische Politik beherrschen wird, so könnte er zum Ausgangs- und Sammelpunkt für eine ganz neu orientierte, ungeahnt mächtig aufstrebende Frauenbewegung werden.

Der heutige Weltkrieg wird nämlich, wie immer auch sein Endergebnis ausfallen möge, so viel Jammer und Ruin, so viel Schrecken und Abscheu in den Gemütern aller Männer u. Frauen ausgelöst haben, dass in einer nahen Zukunft alle guten Willen, alle Intelligenzen und moralischen Kräfte der Menschheit sich vereinigen werden in dem universellen Wunsch, den Weltfrieden endlich auf eine sichere Basis zu stellen. Nun sind aber die Frauen von jeher diejenigen gewesen, die ohne Unterschied der Partei, des Standes und Alters, die ausgesprochensten Feindinnen des Krieges waren. Für sie ist der Frieden nicht nur eine Vernunft-, sondern auch eine Existenz- und Gefühlsfrage. Wir begreifen die Kriegsbegeisterung zwar am Manne; bei der Frau aber mutet sie uns in demselben Masse widerwärtiger an, als uns etwa eine betrunkene Frau mehr Abscheu einflösst als ein betrunkenener Mann.

Es hätte wenig Zweck, hier die Frage aufzuwerfen, ob und wie die bisherige Frauenbewegung an der Vermeidung der Kriege mitgeholfen hat, inwieweit sie also vom Standpunkt des Pazi-

(1) Siehe *Die Menschheit* vom 5. und 12. Juni.

fisten aus Tadel verdient. Der Weltkrieg hat uns ja belehrt, dass alle Kräfte, die wir bisher als kriegshemmend betrachtet haben (Pazifismus, Sozialismus, Monismus, Liberalismus und wie sie alle heissen mögen) im Augenblick, wo sie sich hätten zeigen sollen, gänzlich versagten. Nur in Serbien, England und später in Italien gab es einige Sozialisten, die sich im kritischen Moment ihrer ehemaligen Ideen erinnerten. In den übrigen kriegsführenden Staaten und besonders in Deutschland wurde das, was vorher als Verrat und Feigheit gegolten hätte, im Handumdrehen zur höchsten Tugend. Dieser eigentümlichen Tatsache den richtigen Namen zu geben wird Aufgabe späterer Geschichtschreiber sein. Von der Frauenbewegung, die ja schon in Friedenszeiten nur immer eine bescheidene Rolle gespielt hatte, konnte man jedenfalls nicht mehr erwarten, als von jener Millionenpartei, die sich hoch und heilig gegen den Krieg verschworen hatte und in Wort und Schrift, aus Tradition, Erziehung und Temperament eine demokratische Partei zu sein schien.

Die Zukunft aber wird in diesem Sinne anspruchsvoller an die Frauen werden. Aus den historischen Vorgängen der letzten Julitage des Jahres 1914 haben alle Freunde der Frauenbewegung die Lehre ziehen können, dass die Frauenbewegung eine so überaus bescheidene Rolle im Staatsleben spielte, dass niemand auf sie Rücksicht zu nehmen brauchte. Die Frau, die ja schon in normalen Zeiten nichts in der Gesetzgebung und Politik zu sagen hatte, wurde naturgemäss im Augenblicke, wo die Gewalt als Herrscherin über Europa proklamiert wurde, total ignoriert. Noch niemals war sie den Regierungen so sehr « *quantité négligeable* » gewesen als in jenen finsternen Tagen.

Wird und kann das anders werden? Kann man erwarten, dass die Frauenbewegung in einer nahen Zukunft derartig erstarken wird, dass sie, wenn jemals wieder kriegerische Konflikte drohen, ohne kopfscheu zu werden, als gewichtiger kriegshemmender Faktor im Lande auftreten kann?

Sie wird es können. Sie *muss* es können. Aber nur dann, wenn sie bis auf weiteres die Lehren und Forderungen des *Pazifismus* zu ihrem Hauptprogramm macht. Man weiss, wie grosse Mühe der Pazifismus hatte, unter den Männern Anhänger zu werben. Aus ganz erklärlichen Gründen: Der Mann empfindet das Vaterland und den Krieg anders als die Frau. Noch immer begeistert er sich an der Tradition vergangener Jahrhunderte, noch immer verwechselt er « Kampf » und « Krieg », das heisst er hält den Krieg als eine heilige Lebens- und Fortschrittsnotwendigkeit (was doch nur für den Konkurrenzkampf zutrifft), noch immer glaubt er, der Krieg sei dem Vaterlande und der Menschheit nützlich. Der grosse Zulauf, den die Wehr- und Flottenvereine hatten, die Verbreitung der Schriften des Generals von Bernhardt und seiner zahlreichen Gesinnungsgenossen, die immer wachsende Zahl und Verbreitung chauvinistisch gesinnter Bücher und Zeitungen (siehe hierzu Professor Nippolds Schrift « *der deutsche Chauvinismus* ») und hundert andere Dinge mehr (zum Beispiel auch die offenkundig imperialistische Haltung gewisser Sozialdemokraten) beweisen uns, dass es eine grosse Partei gab, die den Krieg nicht als das Uebel der Uebel empfand. Wenn sie ihn auch nicht offen herbeiwünschte, so schreckte sie doch auch nicht vor ihm zurück und hetonte seine Unvermeidbarkeit. Dieser wohlorganisierten, zum Teil sogar von hervorragenden Gelehrten gestützten Partei (die ausschliesslich aus Männern bestand) gegenüber blieben die Pazifisten zur Ohnmacht verdammt.

Die Frauenbewegung beachtete diese Entwicklung und Stimmung nicht. Sie war ganz mit ihren engeren Problemen beschäftigt. Wohl war sie instinktiv pazifistisch gesinnt, aber wie die meisten Reformbewegungen der letzten zehn Jahre glaubte sie nicht an eine unmittelbare Kriegsgefahr. In Wahrheit glaubte niemand an sie, ganz wenige Pazifisten ausgenom-

men. War man nicht bis an die Zähne gerüstet und versicherten uns die Regierungen und ihre Vertreter nicht ein über das andere Mal, dass je besser einer gerüstet ist, je mehr Furcht er dem Nachbarn einflösst, der Frieden damit umso sicherer garantiert sei? Wir alle, die Frauen voran, wiegten uns in dieser trügerischen Sicherheit. Das kleine Häuflein der Pazifisten, das unentwegt auf das Widersinnige und Gefährliche dieses bewaffneten Friedens hinwies, wurde verlacht oder überhört.

Dieser Punkt ist es, wo die Frauenbewegung hauptsächlich wird « *umlernen* » müssen. Der Weltkrieg wird ihr zum Bewusstsein gebracht haben, dass es ein grosses Problem in Europa gibt, ohne dessen glückliche Lösung a priori alle Kultur- und Emanzipationsbestrebungen (zu denen die Frauenbewegung in erster Linie gehört) zu einer kraftlosen Herumwursterei verdammt bleiben müssen: Das ist das Problem der Erhaltung und Sicherstellung des Weltfriedens. Eines Weltfriedens, der nicht mehr wie bisher mühsam auf der Schneide des Schwertes und der Ueberlegenheit der Brummer balanciert, sondern auf dem Willen zum Recht und den universell gültigen Regeln guter Nachbarschaft.

Die Frauenbewegung wird also anfangen müssen, sich mit Aussenpolitik zu beschäftigen, einem Gebiet, das sie bisher ausschliesslich den Männern der Männer, den Diplomaten, überliess.

(Schluss in n. Nr.)

Wofür kämpft man?

Erwiderung von Dr. Leo Elsner

Senatspräsidenten am Obersten Gerichtshof (Wien).

(Schluss).

Auch die Verfechter des Prinzips, dass ein Landgebiet nicht gegen den Willen seiner Bewohner annektiert werden dürfe, werden zustimmen, dass sich Friedensvertrag und Garantievertrag decken müssen; sie werden jedoch die Forderung aufstellen, dass eben schon im Friedensvertrage eine Annexion gegen den Willen der Bewohner nicht vereinbart werden dürfe; unter Berufung auf « *Menschenrechte* » erklären sie es als unzulässig, dass Menschen der « *Gegenwart* » gleich Handelsartikeln willenlos ihren Besitzer zu wechseln haben. Dabei übersehen sie zweierlei: 1) In den heutigen Verfassungsstaaten werden Gebietsabtretungen nicht gegen den Willen der Bevölkerung, sondern von jenen Organen zugestanden, welche nach der Verfassung des Staates berufen sind, den Willen der Bevölkerung zu erklären — eine Erklärung, welche der von der Bevölkerung verfassungsgemäss berufene Vertreter, sei es ein Monarch oder ein Volksrat oder ein Parlament, abgibt, bringt ja gerade den Willen der vertretenen Bevölkerung in der allein gesetzlichen Form zum Ausdruck,¹⁾ es ist also nicht am Platz, von einer Annexion gegen oder ohne den Willen der Bevölkerung zu sprechen. Zweitens werden heutzutage durch die Annexion nicht Leibeigene verhandelt, sondern es wird die Staatszugehörigkeit der freien Bewohner gewechselt. Die Staatszugehörigkeit ist aber ein politisches Recht, ein Recht, das vom Staate gegeben wird und nicht ein Menschenrecht. Wäre sie ein unveräusserliches Menschenrecht, so würden ja durch einen Beschluss der Mehrheit der zufälligen Bewohner eines willkürlich abgegrenzten Gebietes Menschenrechte der Minderheit verletzt, was sicherlich ebenso unzulässig wäre, als wenn die Majorität einer Gemeinde die Minderheit in die Sklavereiverkaufen wollte. Eine länderweise, ja auch eine gemeindeweise und selbst eine familienweise Abstimmung würde

¹⁾ Wir möchten uns erlauben, unserem hochgeschätzten Mitarbeiter zu erwidern, dass die Zustimmung eines geschlagenen Staates zur Abtretung einer Provinz in der Regel nur im unwiderstehlichen « *Zwang* » zu solcher Zustimmung und keineswegs im freien Willen des Volkes begründet ist. Die Schriftleitung der « *Menschheit* ».

« *Menschenrechte* » der Ueberstimmten verletzen; es bliebe daher nichts übrig, als jeden einzelnen grossjährigen Staatsbürger zu befragen, welchem Staate er angehören wolle oder ob er vielleicht für sich allein einen Staat bilden wolle! Das annektierte Gebiet würde von Enklaven des abtretenden Staates, oder selbständigen Staaten wimmeln und ausserstande sein, die Aufgaben eines Staates zu erfüllen. Oder nehmen wir an, die Schweiz würde von Frankreich in einen Krieg verwickelt und besiegt. Die allgemeine Volksabstimmung der Schweiz erklärt sich einverstanden, dass die französischen Teile der Schweiz oder doch ein französischer Kanton von Frankreich annektiert werden. Die Kommission zum Schutz bedrohter Menschheitsinteressen setzt es durch, dass einer der abzutretenden französischen Kantone eine separate Volksabstimmung einleitet, welche sich gegen die Annexion ausspricht. Soll dann Frankreich gegen diesen Kanton oder vielleicht nur gegen die Bewohner eines Landstrichs den Krieg fortsetzen, wenn es ein aus militärischen Gründen als notwendig erachtetes Grenzgebiet sich einverleiben will?

Kommt der wechselseitige Garantievertrag zustande, so werden in Hinkunft gewaltsame Annexion — ob mit oder gegen den Willen der Bevölkerung — überhaupt nicht mehr möglich sein; für den noch in der zwischenstaatlichen Anarchie zu schliessenden Friedensvertrag Forderungen aufzustellen, welche nur nach Herstellung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung erfüllbar sein werden, müsste den Kredit der Bewegung — ohne jede Aussicht auf Erfolg — untergraben. Dagegen würde schon eine begründete Aussicht auf das Zustandekommen des Garantievertrages es ermöglichen, dass die Annexionen des kommenden Friedensvertrages auf das äusserste eingeschränkt werden.

Ich halte es daher für die Pflicht jedes wahren Menschenfreundes, dahin zu wirken, dass die Regierungen, zunächst der neutralen Staaten, zur Schaffung des wechselseitigen Garantievertrages die Initiative ergreifen. Das Recht, eine Annexion abzulehnen oder zu verlangen, darf nicht beliebig abgegrenzt und, wie die Geschichte der Wahlen zeigt, allzuleicht beeinflussbaren Bevölkerungsteilen anvertraut werden, soll nicht die Ruhe der Staaten einer steten Gefährdung preisgegeben sein!

Das neueste (August) Heft der von Dr. Alfred H. Fried herausgegebenen « *Blätter für zwischenstaatliche Organisation* », wie sich die im XVII. Jahrgang erscheinende « *Friedens-Warte* » jetzt betitelt (Zürich, Art. Institut Orell Füssli), enthält wieder eine Reihe hochinteressanter Aufsätze. Den Leitartikel bildet der Wortlaut der am Jahrestag des Kriegs vom Papst erlassenen *Enzyklika*. Es folgen ein « *Die einzige Lösung* » betitelter Aufsatz des englischen Gelehrten Lowes G. Dickinson, Betrachtungen Helmut von Gerlachs über *Bismarcks Stellungnahme zu Annexionen* und ein Aufsatz des bekannten ungarischen Politikers Grafen Albert Apponyi über « *Der grosse westliche Block* ». Aus dem reichen Inhalt der Nummer seien noch folgende Aufsätze hervorgehoben: *Die Vorbereitung des künftigen Friedens*. A. Ein positives deutsches Friedensprogramm (Aus der kritischen Denkschrift des Bundes « *Neues Vaterland* » vom 20. Mai 1915). B. Entwurf eines internationalen Abkommens zur Vermeidung künftiger Kriege. (Ausgearbeitet von dem Ausschuss für internationale Abkommen der englischen Fabier-Gesellschaft. — A. H. Fried, *Der Makel der Friedensbereitschaft*. — Prof. Ragaz, *Offener Brief an Herrn Pfarrer Gottfried Traub* in Dortmund. — Dr. F. Müller-Lyer, *Soziologische Wendepunkte in der Geschichte des Kriegs*. — Dr. Otto Koester, *Mehr Kant! — Ein Jahrhundert Friedensbewegung*. — Den Schluss bilden Bruchstücke aus dem *Kriegstagebuch* des Herausgebers und die *Bibliographie*.